

VORWÄRTS

Sozialistische Zeitung

öS 8,-

Inh
 ○ U
 ○ P
 ○ In
 lism
 ○ Deutschland

Größte Jugendbewegung seit 1968 Widerstand gegen Sozialraub!

Sozialistische Linkspartei / SLP
 Österreichische Sektion des CWI/KAL
 Kaiserstraße 14/11, A-1070 Wien
 Tel. 01/ 524 63 13 Fax 01/ 524 63 11
 E-Mail slp@gmx.at

Der Bleideckel der bedingungslosen Zustimmung zum Sparpaket, den Regierung und Unternehmer mit tatkräftiger Hilfe der ÖGB-Spitze auf alle betroffenen Bevölkerungsteile gedrückt haben, schien zunächst dicht zu halten. Doch dann geschah das scheinbar Unmögliche: Widerstand - zum ersten Mal in einzelnen Bereichen.

von John Evers

Österreich sah die größte Jugendbewegung seit 1968: Zehntausende StudentInnen und SchülerInnen gingen über mehrere Wochen hinweg immer wieder auf die Straße - insgesamt an die 100.000. Tenor der Proteste Richtung PolitikerInnen: „Ihr habt uns betrogen, wir wollen von euch nichts mehr wissen“. Mit dem universitären Mittelbau - der sich den Studierenden anschloß - traten immerhin mehrere tausend ArbeitnehmerInnen in den Ausstand. Durch massiven innergewerkschaftlichen Druck - Mißtrauenserklärung, Rücktrittsaufforderungen... durch Versammlungen - gelang es auch, die zuständige Gewerkschaftsspitze zur Unterstützung zu zwingen.

Die SchülerInnenAktionsPlattform (SAP) beteiligte sich an den zentralen Demonstrationen und organisierte einen mehrstündigen Schulstreik, an dem 3.000 SchülerInnen teilnahmen.

Auch Frauen haben in einer Reihe von Protestkundgebungen und Demonstrationen - nicht nur am 8. März - ihrem Unmut Luft gemacht.

Organisiert hat sich Widerstand auch im Bereich der Behindertenbetreuung. Die Interessensgemeinschaft BetriebsrätInnen, die von den BetriebsrätInnen der wesentlichen Behindertenorganisationen unterstützt wird, kämpft gegen die Einsparungen im sozialen Dienst (z.B. Halbierung des Taschengeldes von Pflegebedürftigen, Reduzierung des Pflegegeldes...).

ÖGB-Mitarbeiter auf der Straße

Die Spitze des Gewerkschaftsbundes spielt auch bei Ihren Mitarbeitern

die „Sparpaketskarte“: Einmalzahlung und Abgeltung unter der Steuerungsrate der Lebenshaltungskosten. Der ÖGB-Betriebsrat entwertet dieses Angebot als „unannehmbar“. Zu einer Protestversammlung und Demonstration kamen über 1000 ÖGB-Angestellte. Schade, daß die mitmarschierenden Funktionäre nicht in ihren Bereichen und den von ihnen betreuten Betrieben immer so konsequent die Mitgliedschaft gegen die Sozialabbaupolitik von oben mobilisieren! So verweigerte z.B. die zuständige - GPA-Führung der Bewegung der Studierenden ihre Unterstützung. Im Gegensatz dazu unterstützte der GPA-Bereich der SozialarbeiterInnen den Kampf auf den Unis.

Die Post-Gewerkschaftsführung hat, anstatt den Unmut der Postler zu organisieren, diese gebremst, und nach einem faulen Kompromiß eine geplante Protestdemonstration wieder abgesagt.

SPÖ gegen Proteste

Daß die SPÖ-Führung nicht glücklich über die Proteste gegen „ihr“ Sparpaket ist, ist klar. Daß Klima aber auf einer SPÖ-„Informationskonferenz“ der Partei-Basis Falschinformationen gibt („Die Studenten protestieren nur, weil sie wollen, daß nicht bei ihnen, sondern bei den Behinderten gespart wird“) ist ungeheuerlich. Aus Enttäuschung über den Bruch der SPÖ-Wahlversprechen hat eine Gruppe StudentInnen die SPÖ-Parteizentrale in Wien besetzt. In Diskussionen mit ihnen hat Bundesgeschäftsführerin Ederer versucht, sich einerseits darauf auszureden, „daß die SPÖ halt in einer Koalition mit der ÖVP ist“, und andererseits immer wieder behauptet, daß das Paket sozial ausgewogen ist. Das zeigt, wie



VORWÄRTS - immer aktiv!

weit sie sich von den Problemen ihrer Parteibasis schon entfernt hat!

Bürgerliche Politiker haben schon angekündigt, daß das heurige Sparpaket nicht das letzte war. „Wir brauchen jedes Jahr ein Sparpaket“ (G. Stummvoll - Bundeswirtschaftskammer). Der nächste Schlag ist schon geplant: im Gesundheitswesen. Leistungen - wie zum Beispiel die Dauer der Krankengeldzahlungen - sollen gekürzt, Selbstbehalte erhöht werden. Weiters auf der Wunschliste: Schließung von Spitälern. Unter dem Deckmantel der Spitalsreform wird die Verantwortung an die Länder abgegeben. Und wo die das Geld herholen werden, ist noch ungewiß - sicher ist nur: Auch hier werden wir voll zur Kasse gebeten werden. Es ist unwahrscheinlich, daß es den jetzigen Ansätzen einer breiteren Anti-Sozialabbaubewegung gelingt, das Sparpaket zu Fall zu bringen. Aber je mehr Widerstand geleistet wird, desto mehr Steine können wir aus diesem Paket herausbrechen. Und desto schwerer werden es die jetzige und künftige Regierungen haben, Sozialabbaupolitik zu betreiben.

Wir fordern:

- Weg mit dem gesamten Sparpaket!
- Laßt die Reichen zahlen! Denn Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen!
- Für den Aufbau einer breiten, bundesweiten Antisozialabbau-bewegung.
- Druck von unten auf die ÖGB-Spitze. Wir fordern Protestmaßnahmen gegen diese Regierung und ihre Politik!

**Gründungsveranstaltung
 der
 SOZIALISTISCHEN
 OFFENSIVE
 VORWÄRTS
 3. Mai 1996 um 19 Uhr
 im KONGRESSHAUS**

1050 Wien, Margaretengü

tel 135-140

Der Standpunkt:

Warum wir am 3. Mai 1996 die SOV gründen: Sozialabbau, Umverteilung von unten nach oben und eine unheilvolle Regierung sind eigentlich nichts Neues...



von John Evers

Österreichs stark verändert: Zunächst der EU-Beitritt, kurz darauf der Zusammenbruch der SPÖ bei den Wahlen 1994, inklusive dem Triumph der FPÖ. Dann kam das - nur durch ein paar lauwarme ÖGB-Proteste aufgeschünte - Sparpaket I am Spätkapitel II zerbrach die Regierung...

Rechtsruck der SPÖ: Im Brempfen dieser Entwicklung steht die Sozialdemokratie und ihr Niedergang. Die SPÖ hat einen dramatischen Zusammenbruch ihrer Strukturen und Nebengruppierungen durchlebt...

Politische Alternativen: Aufgrund des Fehlens einer starken, linken und unabhängigen Kraft konnte in das politische Vakuum, welches die SPÖ hinterließ, bis jetzt vor allem die FPÖ eindringen...

Sparschweine schlachten!

Am 14.3 und 15.3. gingen 40.000 und 30.000 Menschen in Wien auf die Straße. Tausende waren es auch in verschiedenen Landeshaushalten und in den folgenden Wochen, die protestierten. Die große StudentInnenbewegung seit 1968.

von David Mum und Karin Wottawa

Unglaubliche Dynamik kennzeichnete die Aktionen: Mehrmals täglich Kundgebungen und Demonstrationen, Besetzung der SPÖ-Zentrale, Vorlesungen in U-Bahnstationen usw.... Der Streik richtete sich nicht nur gegen Verschlechterungen an den Unis, sondern wurde unbefristet gegen das gesamte Belastungspaket ausgedehnt...

300.000... für den Nachkauf der Pensionen. Doch diese geplanten oder bereits durchgesetzten Belastungen treffen nicht nur die Studierenden und das Hochschulpersonal!

Unsere Rolle



Uni Wien im Streik

VORWÄRTS trat von Beginn an für die Einheit von Studierenden und linken ÖHlern, gemeinsame Plena, gemeinsame Büros, gemeinsame Delegationen... ein! Die Entscheidungsgewalt über den Verlauf des Streiks muß bei denen liegen...

Hintergründe des Unistreiks

Studierende und AssistentInnen protestierten gegen die für viele existenzbedrohenden Maßnahmen des Belastungspaketes. Fehlte es bis jetzt schon an allen Ecken und Enden, vertritt die Regierung jeglichem Gedanken...

Der Wahnsinn mit dem Rind

Die offizielle Nachricht, daß „es nicht mehr ausgeschlossen werden kann“, daß der Rinderwahnsinn (BSE) bei Menschen das Creutzfeldt-Jakob-Syndrom (Zersetzung des Gehirns) auslöst, verbreitete sich in den Medien wie ein Lauffeuer...

von Karin Wottawa JRE-Wien West

Doch warum wurde die Öffentlichkeit erst jetzt offiziell von den britischen Behörden informiert - nach dem jahrelang demnietiert wurde? In den letzten zehn Jahren wurde immer wieder - wenn auch vereinzelt - auf einen eher wahrscheinlichen Zusammenhang der beiden Krankheiten hingewiesen...



Typische Fleischfresser?

Angaben - über aus England importiertes Tiermehl, vor allem von Schafen. Die Permeation: Da wird Rindermehl als reines Pflanzenfresser-Tiermehl als Kraftfutter veräußert, um den Gewinn zu steigern! So gelangte die Krankheit wahrscheinlich vom Schaf auf das Rind...

SchülerInnen Aktiv

An der ersten StudentInnendemo am 14.3. beteiligten sich 3.000 SchülerInnen aus mehr als 50 Schulen. Auch bei allen anderen Demos waren jedesmal mehrere hundert SchülerInnen dabei.

Markus Zahradnik, SAP

Die SchülerInnen bleiben wegen ihres massiven Widerstands im Herbst (2. Schultreiks, Demos mit 8.000 bzw. 3.000 TeilnehmerInnen) von Kürzungen, die alle SchülerInnen treffen, weitgehend verschont. Die Sparpaket-Leckerbissen für uns sind aber trotzdem nicht unwesentlich: - Streichung der Kinderbeihilfe bei zweimaligem Sitzbleiben...

Zudem sind wir natürlich über unsere Eltern, Geschwister und andere zukünftige StudentInnen von „allgemeinen“ Sparpaket betroffen. Daher auch die Aktivitäten der SchülerInnenAktionsplattform(SAP): Plena und die Beteiligung an allen zentralen Mobilisierungen der Stu-

Post: Privatisierung jetzt verhindern!

Mit der Privatisierung will die Regierung die Post aus den roten Zahlen bringen, in die sie die Post selbst gestürzt hat. Jahrelang mußte sie, so wie auch im neuen Sparpaket beschlossen, ihre Gebühren und ihre Gewinne an das Budget abfließen. Gleichzeitig werden aber von der Post neue Investitionen verlangt...

von Michael Gehmacher VORWÄRTS-Geschäftsverantwortlicher

Wer verdient an der Privatisierung? Der Telekommunikationsmarkt ist ein Bereich mit enormen Expansions- und Profitmöglichkeiten (Stichwort: Teleshopping, Telebanking). Würden früher Daten von der staatlichen Telephongesellschaft an die österreichische Grenze gebracht und dort quasi dem Nachbarland übergeben...

Die österreichische Bundesregierung will die Post ausgliedern und in 3 Jahren an die Börse geben. Was das bedeutet, zeigt das Beispiel Deutschland: Dort soll die Telekom-AG noch heute an die Börse gehen...

Die Elektronik-Industrie kann daher dreifachen Gewinn machen: 1. Indem sie sich an Telephongesellschaften beteiligt, 2. Indem sie die Telephongesellschaften Geräte verkauft, 3. Indem sie die TelefonkündInnen mit Geräten (z.B. Handys) versorgt...

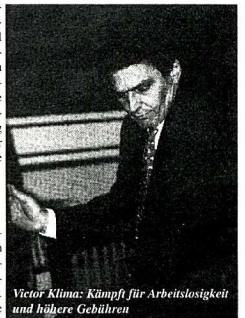
men wie APS konzentrieren sich auf die Zustellung in Ballungsräumen, während die Post auch Postämter in entlegeneren Gebieten finanzieren muß. Schon jetzt wird an manchen Postämtern die Paketzustellung von den Eilbriefträgern übernommen...

Was ist die Gewerkschaft? Über 700.000 Menschen haben bei einer Kampagne der Postgewerkschaft gegen die Zerschlagung und Privatisierung der Post unterschrieben. Das zeigt: Die Gewerkschaft hätte enormen Rückhalt bei Protestaktionen...

Die Österreichische Bundesregierung will die Post ausgliedern und in 3 Jahren an die Börse geben. Was das bedeutet, zeigt das Beispiel Deutschland: Dort soll die Telekom-AG noch heute an die Börse gehen...

Postler werden aktiv

Postbedienstete aus verschiedenen Bereichen haben sich zu einer „Initiative aktiver Postgewerkschaftsmitglieder“ zusammengefunden. Auf unserer Unterschriftenliste wird ein Gehaltsabschluß mit Sockelbetrag von ÖS 1500,- pro Monat für alle Bediensteten mit unter ÖS 20.000,- brutto gefordert...



Victor Klima: Kämpf für Arbeitslosigkeit und höhere Gebühren

In Wels konnte durch gewerkschaftlichen Druck die Auflösung der Paketumlaufstelle verhindert werden. Auf einer bundesweiten Vertrauensleutekonferenz sollten Kampfmaßnahmen beraten werden.

Sollte die Regierung tatsächlich Postbedienstete kündigen wollen, sollte sofort gestreikt werden, immerhin hat die Gewerkschaft versprochen mit allen Mitteln gegen vorzugehen.

Daher: Aktionstag mit Kundgebungen und Dienststellensammlungen

Ist die Sparpolitik notwendig?

Die StudentInnenerfolge im März brachten einen von der Regierung anfangs erfolgreich vertrieben Mythos ins Wanken: Nämlich: Jene von der „sozialen Ausgewandtheit“ des Sparpaketes. Einen weiteren gilt es noch auf Fall zu bringen: Jene von der „absoluten Notwendigkeit“ des Sparens an sich.

von David Mum JRE-Wien West

Durch die Regierungspropaganda und das Geschreibele von bürgerlichen und staatlichen Medien wurde der Bevölkerung - leider sehr erfolg-

Jahren de facto nur im öffentlichen Sektor. Jetzt nicht mehr - Aufnahme-stop!

Auch durch die EU-Mitgliedschaft, auch durch die wachsenden Wachstumsimpulse versprochen. Diese wirken sich jetzt auch aus - aber in verkehrter Richtung. Durch die mit der Währungsunion begründete europaweite Sparpolitik auf dem Rücken der Ar-

beitenden und sozial Schwachen wurde die Wachstumsrate gesenkt, und Europa bewegt sich schon wieder in Richtung Rezession. Und damit Richtung stärkerer Verschuldung.

Das Defizit hat im wesentlichen zwei Elemente: Ausgaben des Staates und Ausgaben für die Zahlung von Zinsen. Statt bei der Zahlung von Zinsen zu sparen - das träfe das Fi-

nkantkapital, tut es die Regierung lieber bei Ausgaben für Frauen, Behinderte, Jugendliche... Frankreich zeigt: Für Umverteilung von unten nach oben - auch wenn sie als „sinvolles Sparen“ getarnt ist, gibt es keine „absolute Notwendigkeit“.

Sein politischer Durchsetzbarkeit und des Widerstandes.

VA-Stahl-Linz

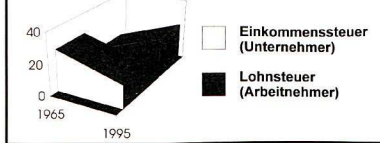
Am 18. und 19. März fanden in der Vöest-Linz Betriebsratswahlen statt. Im Arbeiterbetrieb konnte die FSG ihre Mehrheit um 3 Mandate ausbauen, Freizeithilfe und FCG verloren jeweils ein Mandat (Neuer Mandat: FSG: 26, FCG: 1 und FA: 1). Der Spitzenkandidat der FSG, NR Erhard Kopperl, hat zum FSG-Ergebnis wahrscheinlich nichts beigetragen...

Das ÖGI-Präsidium verabschiedete eine Resolution, in welcher der derzeitige Weg der Bundesregierung unterstützt wird. Die einzige Gegenstimme kam vom Vorsitzenden der Eisenbahnergewerkschaftsjugend, Bernd Brandstätter, er ist auch FSG-Jugend-Vorsitzender. Brandstätter zu seiner Haltung: „Einem Paket, das den Druck der Arbeitslosigkeit von den alten zu den jungen Arbeitnehmern abwälzt und das bei der Bildung spart, kann ich als Jung-Gewerkschafter nicht zustimmen“.

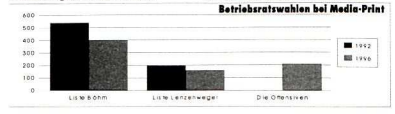
Media-Print

Erfreulich ist bei der Mediaprint: Bei der Wahl zum Angestelltenbetriebsrat erreichte Genosse Peter Weidner mit seiner Liste „Die Offensiven“ 4 Mandate. Ergebnis: Liste 1 - Josef Böhm (Böhm ist der Wiener Vorsitzende der Fachgruppe Tageszeitungen in der GPA) 7 Mandate, Liste 2 (her bürgerlich) 3 Mandate. In einem Betrieb mit 1050 Angestellten ein voller Erfolg für „Die OFFENSIVEN“! Dazu gratuliert die VORWÄRTS-Redaktion recht herzlich.

Anteil am Gesamtsteueraufkommen



nen immer kleiner werdenden Teil des allgemeinen Steueraufkommens dar. Legale und illegale Steuerhinterziehung sind der Grund dafür. Die wirtschaftlichen Wachstumsimpulse aus der Entlastung der Unternehmungen - die der offizielle Grund für die Senkung der Unternehmensbesteuerung sind - lassen sich aber kaum ausfindig machen. Die Pleite-welle geht munter weiter, und das Wirtschaftswachstum für heuer ist mit prognostizierten 1,6% eine matte Sache! Neue Jobs gab es in den letzten



KAI: Internationalismus in Aktion

Bei ihren tagelangen Kämpfen gegen Sozialabbau, Lohnkürzungen und Angriffen auf den Lebensstandard sieht die ArbeiterInnenklasse einen mächtigen Feind gegenüber - dem international organisierten Kapital. Neben den nationalen Unternehmen und den jeweiligen Regierungen - die immer stärkere Umverteilungspolitik von unten noch oben betreiben - schreibt auch die internationale Vernetzung des Kapitals ständig voran. Eine Handvoll multinationaler Konzerne regiert die Welt. Darüberhinaus gibt es verschiedenste internationale Organisationen, die im Interesse des Kapitals agieren - wie den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank und auch die EU.

von David Munn und Sonia Grand

Auch die Angriffe des Staates und der Unternehmer, ihre "Argumente" für Sozialabbau und Lohnkürzungen sind über alle Grenzen hinweg gleichlautend. Der Widerstand dagegen kann nur dann erfolgreich sein, wenn er international „von unten“ organisiert wird. Wir müssen uns aus den Erfahrungen in anderen Ländern lernen und unsere Kämpfe vernetzen. Nur durch ein gemeinsames, koordiniertes Auftreten der ArbeiterInnenbewegung kann der "Standortlosgig" wirkungsvoll bezeugt werden. Eine „Logik“ - die auch immer stärker von der SPO- und ÖGB-Spitze vertreten wird - und in Wirklichkeit besagt, daß nur durch den Abbau sozialer Errungenschaften Arbeit geschaffen werden kann.

Die Geschichte der internationalen ArbeiterInnenorganisationen zeigt, wie wichtig und auch oft schwierig diese Aufgabe für SozialistInnen war und ist.

Von der Ersten zur Vierten Internationale

Schon 1864 wurde die „Erste Internationale“ oder „Internationale Arbeiter Assoziation“ unter der Führung von Marx und Engels gegründet. Sie verknüpfte außenpolitische Agenden der ArbeiterInnenbewegungen in verschiedenen Ländern. Sie zerschlug nach schweren Niederlagen und politischer Unterdrückung die zur Stärkung des Einflusses nicht-marxistischer „anarchistischer“ Kräfte führen.

Die II. Internationale war ein Zusammenschluß von - inzwischen in den Industrieländern entstanden - sozialdemokratischer Parteien: Die erste Masseninternationale. Sie wurde 1889 gegründet und hat den aus den USA stammenden I. Mai als internationalen Kampftag der ArbeiterInnenklasse eingeführt und verschiedene Reformen erkämpft. Anfänglich nahm sie eine internationalistische Position gegen den drohenden Weltkrieg ein. Dieser mußte durch Generalstreiks verhindert werden, da er ein imperialistischer Raubkrieg sei, in dem es nur um die Interessen des Kapitals gehe. Doch die rechten, reformistischen Teile der Sozialdemokratie stellten sich im entscheidenden Moment auf die Seite ihrer jeweiligen nationalen Kapitalistenklasse und machten eine „Bürgertumspolitik“; Der Klassenkampf wurde der Nation untergeordnet.

Sozialistischer Internationalismus

In Grunde genommen ist die „Standortlogik“ ein uralter Unternehmer-, „Schmidt“, um die Profite zu maximieren. Die Arbeiterbewegung hat dagegen schon in ihren Anfängen ein wirksames politisches Gegengewicht entwickelt. „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“. Der zündende Aufruf am Schluß des 1848 von Marx und Engels verfaßten Kommunistischen Manifests war der eigentliche Hauptpunkt von diesem ersten sozialistischen Programm! Schon damals war klar, daß die ArbeiterInnenbewegung nur dann ihre Ziele und vor allem eine sozialistische Gesellschaft erreichen kann, wenn sie sich nicht entlang nationalen Bruchlinien auseinanderdividieren läßt. „Die Arbeiter haben keinen Vaterland!“. Derlei Sätze waren und sind keine Glaubensbekenntnisse für hohe Feiertage, sondern müssen in der gesamten politischen Arbeit ihren Ausdruck finden.

Die III. Internationale wurde 1919 in Moskau gegründet und hat den aus den USA stammenden I. Mai als internationalen Kampftag der ArbeiterInnenklasse eingeführt und verschiedene Reformen erkämpft. Anfänglich nahm sie eine internationalistische Position gegen den drohenden Weltkrieg ein. Dieser mußte durch Generalstreiks verhindert werden, da er ein imperialistischer Raubkrieg sei, in dem es nur um die Interessen des Kapitals gehe. Doch die rechten, reformistischen Teile der Sozialdemokratie stellten sich im entscheidenden Moment auf die Seite ihrer jeweiligen nationalen Kapitalistenklasse und machten eine „Bürgertumspolitik“; Der Klassenkampf wurde der Nation untergeordnet.

Dieser Zusammenbruch der II. Internationale 1914 bedeutete eine schlimme Niederlage für die ArbeiterInnenbewegung. Einen Wendepunkt nahm die Entwicklung jedoch mit dem Oktoberrevolution 1917 in Rußland. Die Bolschewiki gehörten zu den wenigen Gruppen, die dem alten internationalistischen Programm der „Zweiten“ treu geblieben waren. Nun standen sie an der Spitze einer Bewegung, die eine revolutionäre Welle (1917 - 1921) und die Gründung einer neuen - der III. „Kommunistischen“ - Internationale - (1919) einleitete. Leider waren die jungen Kommunistischen Parteien in anderen Ländern zu schwach

und unerfahren, um es ihren russischen GenossenInnen gleich zu tun. Die Revolution blieb isoliert - ein wesentlicher Grund für ihre stalinistische Entartung. Die Ereignisse in den 1920er und 30er Jahren hatten drastische Auswirkungen auf die Sektionen der III. Internationale; Sie verknüpfte außenpolitische Agenden der ArbeiterInnenbewegungen in verschiedenen Ländern. Sie zerschlug nach schweren Niederlagen und politischer Unterdrückung die zur Stärkung des Einflusses nicht-marxistischer „anarchistischer“ Kräfte führen.

Gegen diese Entwicklung hatte zu erst in der Sowjetunion - später auf internationaler Ebene - eine linke Opposition in den Kommunistischen Parteien gekämpft. In den 30er Jahren - als die Nichtreformierbarkeit der III. Internationale offensichtlich wurde - bereitete diese Strömung um Leo Trotzki die Gründung einer neuen Internationale vor. Die „IV. Internationale“ wurde 1938 gegründet, blieb aber nach dem schnellen Abben der revolutionären Welle in Europa nach dem 2. Weltkrieg und interner Füh-

lungsschwäche ohne Masseneinfluß. Zahlreiche Spaltungen markierten in der Folge ihren Niedergang. Einigen reaktiv jungen Kräften, gelang es damals jedoch, die Kontinuität des Marxismus nicht abreißen zu lassen. Sie hatten eine entscheidende Rolle bei der Gründung des „Komitees für eine Arbeiterinternationale“ im Jahre 1974. Zu dieser Zeit waren die Kräfte dieser Organisation auf wenige Länder in Europa beschränkt. Heute, nach über 20 Jahren konsequenter politischer Arbeit



Internationale antifaschistische Demonstration in Brüssel

Der KAI Sektionen und MitarbeiterInnen in über 40 Ländern, auf allen fünf Kontinenten dieser Erde.

Programm des KAI

Das Komitee für eine Arbeiterinternationale steht in der revolutionären Tradition der vier Internationalen. Das bedeutet: Sie ist eine revolutionäre, sozialistische Organisation, die nicht nur antikapitalistisch, sondern auch antistalinistisch ist. Sie versucht weder angepaßt, noch abgehoben und sektiererisch zu sein und immer in die konkreten Auseinandersetzungen zwischen ArbeiterInnen und Kapitalisten, die antimperialistischen Bewegungen und Interessenkämpfe der Jugend einzugreifen. Die Methode, die dabei verwendet wird, ist die von Übergangsforderungen. Anstößend bei den konkreten Bedürfnissen und Forderungen der ArbeiterInnen wird diese mit einer sozialistischen Perspektive und Lösung verknüpft, und damit wird eine Brücke zwischen den einzelnen Kämpfen und der sozialistischen Zielsetzung geschaffen.

Die Einheit von Theorie und Praxis

MarxistInnen kann man nicht nur nach ihren Theorien und ihren Publikationen beurteilen, sondern beschränken sich nach ihren Taten. Die schönsten und besten Theorien sind nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben sind, wenn aus ihnen nicht konkrete praktische Arbeit resultiert. Das KAI und seine einzelnen Sektionen versuchen, diese Verbindung zwischen Theorie und Praxis in ihrer tagelangen Arbeit herzustellen.

Wir arbeiten MarxistInnen?

Eine Frage, die sich für MarxistInnen immer wieder stellt: „Wo finden wir eine geeignete Möglichkeit, für ein sozialistisches Programm möglichst viele ArbeiterInnen und Jugendliche anzusprechen?“. Auch für die GenossInnen des KAI war es aktuell. Da für die Mehrheit der ArbeiterInnenklasse die Sozialdemokratie lange Zeit ein Hoffungsträger war und sich die gesellschaftlichen Kämpfe stark in ihr widerspiegeln, war es für MarxistInnen klar, daß ihr Platz in dieser Organisation war - mit aller Kritik an der Politik der jeweiligen Parteiführung. Ein zentra-

ler Punkt war dabei der Kampf für den Aufbau linker Flügel in diesen Parteien. Aber die Sozialdemokratie hat sich verändert. Der Ablösungsprozess von der ArbeiterInnenklasse ist inzwischen weit fortgeschritten, die meisten „alten“ Linken haben sich in Funktionen oder ins Privatleben verabschiedet. Die Jugend will von der Sozialdemokratie überhaupt nichts mehr wissen.

Immer mehr ArbeiterInnen und Jugendliche, die kämpfen wollen, wenden sich von ihr ab und suchen eine Alternative. Diese der Passivität oder gar den Rechten zu überlassen, war ein Verbrechen. Daher haben sich die AktivistInnen von immer mehr Schwesterzeitschriften von VORWÄRTS entschieden, alle jenen, die kämpfen wollen, eine eigenständige Organisation anzubieten. Egal, ob sie Militant Labour (Britannien), Arbeiterbund Offensiv (Schweden), Revolutionäre Sozialisten (Brasilien), JIP (Pakistan), Sozialistische Alternative Voran (Deutschland) oder Sozialistische Offensiv Vorwärts (Österreich) heißen, es sind internationalistische, kämpferische Organisationen, deren Ziel eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft ist. Wir wissen aber auch, daß wir in vielen Bereichen zu schwach sind, um alleine einen linken Gegenpol aufzubauen. Deshalb arbeiten wir in vielen Fällen mit verschiedenen anderen Organisationen und Strömungen zusammen.

Der Kampf gegen die Kopfsteuer

Ende der 80er Jahre versuchte Premierministerin Margaret Thatcher einen weiteren, entscheidenden Schritt der Umverteilung. Mit Hilfe der Poll-Tax, der Kopfsteuer, sollte die Steuerlast der Armen erhöht, jene der Reichen reduziert werden. Aber die deutsche Sektion des KAI - gezeigt, die letzten acht Monate lang wurde gemeinsam mit den Betroffenen eine Kampagne gegen die Privatisierung der Städtg, der städtischen Wohnge-

Die Einheit von Theorie und Praxis

Wir arbeiten MarxistInnen?

Liverpool - die Stadt, die den Kampf wagt

1983 gelang es der Labour Party, die jahrelange Herrschaft der Liberalen und Konservativen in Liverpool zu brechen. Bis 1987 setzte der marxistisch geführte Labour-Stadtrat alle daran, sein sozialistisches Wahlmanifest umzusetzen. AktivistInnen von Militant, der britischen Schwesterzeitung von VORWÄRTS, und des KAI spielten dabei eine Schlüsselrolle. Durch enges Zusammenarbeiten mit GewerkschafterInnen und ArbeiterInnen

- insbesondere den Beschäftigten im öffentlichen Dienst - durch umfassende Mobilisierung der Bevölkerung (Hausbesuche, Großveranstaltungen,



Stoppoll tax jaahrgangs! Demonstration für die Freilassung von Kopfsteuer-Zahlungsverweigerern

Kundgebungen, Versammlungen vor den Fabrikschloten, einem mehrstündigen Generalstreik, mit 50.000 Teilnehmern eine der größten Demonstrationen in der Geschichte der Stadt) gelang es dem Stadtrat, seine Vorhaben weitgehend umzusetzen. - Einführung der 35-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst bei vollem Lohn, sowie die Einführung eines Mindestlohnes

- Streichung von 1000 geplanten Entlassungen und Schaffung 1000 neuer Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst



Reorganisierung des Schulwesens unter Einbeziehung von Schülern, Eltern und Lehrern; Neueinstellung von 519 Lehrern

Mit dieser Politik konnte Labour in Liverpool bei jeder Wahl nach '83 seinen Stimmenanteil erhöhen - zum Teil beträchtlich und gegen den landesweiten Trend. Aber anstatt diesen Weg aufzunehmen und in ganz Britanien durchzuführen, zog es die Führung der Labour Party vor, gemeinsam mit den Konservativen gegen den Stadtrat vorzugehen. Durch die bürgerlichen Gerichte wurde der Stadtrat ihres Amtes enthoben, die Liverpooler Labour Party wurde suspendiert und es kam zu Ausschüssen. Da die Tory-Regierung die Kommunen bei der Verteilung der Gelder immer stärker benachteiligte, war der

Stadtrat gezwungen, für ein ambitioniertes Programm Schulden zu machen. Die Gerichte verurteilten die Stadträte dazu, persönlich für die

Jugend gegen Rassismus in Europa

Anfang der 90er Jahre kam es in den meisten europäischen Ländern zu einem Anstieg rassistischer und faschistischer Aktionen. Das KAI hat darauf auf internationaler Ebene reagiert, indem die Gründung von Jugend gegen Rassismus in Europa initiiert wurde. Tausende Jugendliche sind in Gruppen in den verschiedenen Ländern organisiert, machen Kampagnen gegen Rassismus, aber auch gegen Sozialabbau und treten auch gegen staatlichen Rassismus z.B. bei Ausländer- und Asylgesetzen auf. Einer der Höhepunkte war die am 24.10.1992 von JRE organisierte europäische Demonstration in Brüssel gegen Rassismus, an der etwa 40.000 Jugendliche aus ganz Europa teilnahmen.

Der Kampf gegen die Kopfsteuer

Ende der 80er Jahre versuchte Premierministerin Margaret Thatcher einen weiteren, entscheidenden Schritt der Umverteilung. Mit Hilfe der Poll-Tax, der Kopfsteuer, sollte die Steuerlast der Armen erhöht, jene der Reichen reduziert werden. Aber die deutsche Sektion des KAI - gezeigt, die letzten acht Monate lang wurde gemeinsam mit den Betroffenen eine Kampagne gegen die Privatisierung der Städtg, der städtischen Wohnge-

Die Einheit von Theorie und Praxis

Wir arbeiten MarxistInnen?

Liverpool - die Stadt, die den Kampf wagt

1983 gelang es der Labour Party, die jahrelange Herrschaft der Liberalen und Konservativen in Liverpool zu brechen. Bis 1987 setzte der marxistisch geführte Labour-Stadtrat alle daran, sein sozialistisches Wahlmanifest umzusetzen. AktivistInnen von Militant, der britischen Schwesterzeitung von VORWÄRTS, und des KAI spielten dabei eine Schlüsselrolle. Durch enges Zusammenarbeiten mit GewerkschafterInnen und ArbeiterInnen

auf den Zug auf. Etwa 18 Millionen Briten haben letztlich diese Steuer nicht bezahlt. In Schottland - wo die Bewegung am stärksten war - konnte keine einzige der strafweisen Pläne durchgeföhrt werden. Für Thatcher bedeutete diese Niederlage das Ende ihrer Karriere.

Jugend gegen Rassismus in Europa

Anfang der 90er Jahre kam es in den meisten europäischen Ländern zu einem Anstieg rassistischer und faschistischer Aktionen. Das KAI hat darauf auf internationaler Ebene reagiert, indem die Gründung von Jugend gegen Rassismus in Europa initiiert wurde. Tausende Jugendliche sind in Gruppen in den verschiedenen Ländern organisiert, machen Kampagnen gegen Rassismus, aber auch gegen Sozialabbau und treten auch gegen staatlichen Rassismus z.B. bei Ausländer- und Asylgesetzen auf. Einer der Höhepunkte war die am 24.10.1992 von JRE organisierte europäische Demonstration in Brüssel gegen Rassismus, an der etwa 40.000 Jugendliche aus ganz Europa teilnahmen.

Der Kampf gegen die Kopfsteuer

Ende der 80er Jahre versuchte Premierministerin Margaret Thatcher einen weiteren, entscheidenden Schritt der Umverteilung. Mit Hilfe der Poll-Tax, der Kopfsteuer, sollte die Steuerlast der Armen erhöht, jene der Reichen reduziert werden. Aber die deutsche Sektion des KAI - gezeigt, die letzten acht Monate lang wurde gemeinsam mit den Betroffenen eine Kampagne gegen die Privatisierung der Städtg, der städtischen Wohnge-

Die Einheit von Theorie und Praxis

Wir arbeiten MarxistInnen?

Liverpool - die Stadt, die den Kampf wagt

1983 gelang es der Labour Party, die jahrelange Herrschaft der Liberalen und Konservativen in Liverpool zu brechen. Bis 1987 setzte der marxistisch geführte Labour-Stadtrat alle daran, sein sozialistisches Wahlmanifest umzusetzen. AktivistInnen von Militant, der britischen Schwesterzeitung von VORWÄRTS, und des KAI spielten dabei eine Schlüsselrolle. Durch enges Zusammenarbeiten mit GewerkschafterInnen und ArbeiterInnen



verurteilt. Ebenso wie Aktivisten von Militant Labour in Nigeria, die eine Kampagne für Demokratie tätigt waren. Auch hier war der internationale Druck ausschlaggebend für die Freilassung. Im Sommer führten wir gemeinsam eine Kampagne im Zusammenhang mit nigerianischen Sozialisten, in Schweden durch - bis jetzt erfolgreich. Internationalismus heißt auch die Genossen von Vorwärts - Oberösterreich. Sie sammeln öS 10.000 € unsere Genossen in Sri Lanka, die die härtesten Bedingungen arbeiten.

Kampagnenarbeit vor Ort - Bremerhaven

Ein zentraler Punkt des KAI sind Kampagnen vor Ort. In Bremerhaven (Deutschland) hat die SAV (Sozialistische Alternative VORAN) - die deutsche Sektion des KAI - gezeigt, wie es geht. Monatelang wurde gemeinsam mit den Betroffenen eine Kampagne gegen die Privatisierung der Städtg, der städtischen Wohnge-

Aufgaben der Zukunft

Die Arbeit des KAI ist vielseitig und hängt von den jeweiligen Rahmenbedingungen ab. Die Grundsätze sind überall gleich, aber die Arbeitsformen, der Protest und der Widerstand gegen das Versagen des Systems nehmen zu - aber das Wissen um die Alternative Sozialismus fehlt oft. Daher ist information und Aufklärung ebenfalls ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit.

Bei einer Vielzahl von Klassenkämpfen haben Mitglieder und Unterstützer des KAI Bewegungen von Arbeitern und Jugendlichen nach besten Kräften unterstützt, viele haben wir initiiert und/oder geführt.

Das KAI führt regelmäßig Diskussionen auf internationaler Ebene durch und versucht dadurch, die Basis für die Zusammenarbeit revolutionärer Organisationen und für internationale Kampagnen herzustellen.

Junge MarxistInnen

Das KAI ist eine treibende Kraft für die Herausbildung einer Arbeiterinternationale, denn die Probleme, vor denen die Menschheit in der nächsten Periode steht, sind nur international lösbar und zwar von den Arbeitern und Jugendlichen, und nicht von den Kapitalisten und ihren Organisationen.

schafft, der verschärfte Konkurrenzkampf zwischen den Blöcken, aber auch die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus und seinem Zusammenbruch sind wichtige Themen, die aufgearbeitet werden. Arbeiter und Jugendliche sind tagtäglich einer Flut von Informationen und Propaganda ausgesetzt. Der Behauptungen von angeblichen Sozialisten, in Schweden durch - bis jetzt erfolgreich. Internationalismus heißt auch die Genossen von Vorwärts - Oberösterreich. Sie sammeln öS 10.000 € unsere Genossen in Sri Lanka, die die härtesten Bedingungen arbeiten.

Kampagnenarbeit vor Ort - Bremerhaven

Ein zentraler Punkt des KAI sind Kampagnen vor Ort. In Bremerhaven (Deutschland) hat die SAV (Sozialistische Alternative VORAN) - die deutsche Sektion des KAI - gezeigt, wie es geht. Monatelang wurde gemeinsam mit den Betroffenen eine Kampagne gegen die Privatisierung der Städtg, der städtischen Wohnge-

Aufgaben der Zukunft

Die Arbeit des KAI ist vielseitig und hängt von den jeweiligen Rahmenbedingungen ab. Die Grundsätze sind überall gleich, aber die Arbeitsformen, der Protest und der Widerstand gegen das Versagen des Systems nehmen zu - aber das Wissen um die Alternative Sozialismus fehlt oft. Daher ist information und Aufklärung ebenfalls ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit.

Bei einer Vielzahl von Klassenkämpfen haben Mitglieder und Unterstützer des KAI Bewegungen von Arbeitern und Jugendlichen nach besten Kräften unterstützt, viele haben wir initiiert und/oder geführt.

Das KAI führt regelmäßig Diskussionen auf internationaler Ebene durch und versucht dadurch, die Basis für die Zusammenarbeit revolutionärer Organisationen und für internationale Kampagnen herzustellen.

Junge MarxistInnen

Das KAI ist eine treibende Kraft für die Herausbildung einer Arbeiterinternationale, denn die Probleme, vor denen die Menschheit in der nächsten Periode steht, sind nur international lösbar und zwar von den Arbeitern und Jugendlichen, und nicht von den Kapitalisten und ihren Organisationen.

Hoch die internationale Solidarität!

VORWÄRTS die sozialistische Zeitung gegen Sozialabbau und FPÖ und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung - für Sozialismus!

Das neue VORWÄRTS kann man jetzt noch leichter abonnieren. Einfach Karte ausfüllen, Marke drauf und ab die Post!

- Ja, das neue VORWÄRTS gefällt mir, deshalb möchte ich:
- Eine Probenummer gratis!
- Ein VORWÄRTS-ABO für:
 - 5 Nummern zu öS 50 (inkl. Porto)
 - 10 Nummern zu öS 100 (inkl. Porto)
 - 5 Nummern zu öS 100 (inkl. Porto)
 - 10 Nummern zu öS 200 (inkl. Porto)

Ich interessiere mich für die aktive Arbeit von VORWÄRTS und möchte:
- Ich möchte bei VORWÄRTS mitmachen.
- Zu Veranstaltungen eingeladen werden
- VORWÄRTS zum Weiterverkauf (Bezahlung folgt nach dem Verkauf)
- Ich interessiere mich für Eure Materialien (Broschüren, Bücher, T-Shirts, ...)

Wofür wir kämpfen

- Nein zu jedem Sozialabbau! Für eine Umverteilungsoffensive von oben nach unten!
- Nein zur Spurrpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genau da, es ist nur in den falschen Händen...
- Solange Einführung eines Mindestlohns von 85 13.000,- netto
- Kampffür die Arbeitslosigkeit durch sofortige Einführung der 35-Stundenwoche
- Für eine Ausbildungsoffensive. Keine Kürzungen im Bildungsbereich.
- Nein zur Wohnungsnot! Entregung der Spekulation im Wohnungsmarkt
- Für einen echten Kampf gegen die Umweltzerstörung. Das bedeutet Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft, Neu zu „Öko“-Steuern, die in Wirklichkeit nur Arbeitnehmern und sozial Schwache treffen.
- Für die volle politische, soziale und gesellschaftliche Gleichberechtigung aller Arbeitnehmerinnen und Jugendlichen
- Wir kämpfen für die volle politische, soziale und gesellschaftliche Gleichberechtigung aller Arbeitnehmerinnen und Jugendlichen
- Schulm mit der doppelten und dreifachen Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.

Für welche Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft

- Nein zu einem repressiven, rechtsstrem durchsetzten Sicherheitsapparat. Mit der Einführung sämtlicher Geheimdienst- und Sonderdiensten
- Nein zu Aufrüstung und Integration im Militärbündnis (z.B. NATO)
- Die Entlassung aller inhaftierten politischen Gefangenen
- Die Auflösung aller scheidenden Einheiten
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, insbesondere im Jugend-, Arbeitnehmerrecht- und wirtschaftlichen Kontrollbereich
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Nein zur Wirtschaftsdiktatur der Unternehmer. Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien unter Kontrolle der Arbeitnehmerinnen
- Nein zum Kapitalistischen Chaos, das den Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.

Für eine echte Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft
- Für eine repressive, rechtsstrem durchsetzten Sicherheitsapparat. Mit der Einführung sämtlicher Geheimdienst- und Sonderdiensten
- Nein zu Aufrüstung und Integration im Militärbündnis (z.B. NATO)
- Die Entlassung aller inhaftierten politischen Gefangenen
- Die Auflösung aller scheidenden Einheiten
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, insbesondere im Jugend-, Arbeitnehmerrecht- und wirtschaftlichen Kontrollbereich
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Nein zur Wirtschaftsdiktatur der Unternehmer. Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien unter Kontrolle der Arbeitnehmerinnen
- Nein zum Kapitalistischen Chaos, das den Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.

Termine

- 2.4.96: "Die politische Situation in der Türkei" mit einem türkischen Referenten in der JRE-Wien Süd.
2.4.96: Die JRE-Wien Nord diskutiert "Warum gehen wir am 20. April auf die Straße?"
12.4.96: "Sozialismus und Rippchenstein" ist die Antwort der SE-Barricade auf das, von der Kirche gewünschte, Verbot der Demonstrationen am Karfreitag herrscht.
16.4.96: "Mehr Sicherheit durch mehr Polizei?" fragt sich die JRE-Wien Mitte.
17.4.96: "Gibt es eine Zukunft für Sozialarbeit und Sozialpolitik?" fragt sich der GewerkschaftsStammtisch.
18.4.96: Über "Fußballfans gegen Rechts" diskutiert die JRE-Wien Ost.
26.4.96: Über die als "Vereinigungssekte" getarnte "Moon-Sekte" informiert die JRE-Wien West.

Du willst nicht nur unsere Zeitung lesen, sondern auch mit uns diskutieren? Dann komm in eine der Gruppen, wo auch VORWÄRTS'ler aktiv sind.
Oder ruf uns an: 0222/59 70 432

Wien

"Uns recht" - SozialistInnen in der SPÖ wehren sich Terminen wegen bei der Redaktion
JRE Wien Süd: jeden Freitag 19 Uhr 5. „Rospunkt“ Reiprechttsdorferstr.6
JRE Wien West: jeden Freitag 19 Uhr 7. Siebenweg 31
JRE Wien Nord: jeden Donnerstag 18 Uhr 20, Altherilgenplatz 17 Ecke Donaueschingenstr.1
Vorgartenstraße
JRE Wien Ost: jeden Donnerstag 19 Uhr "ARENA" 3, Baum 80
GewerkschaftsStammtisch jeden 2., 3., 4. Mittwoch 19 Uhr 3, Zentrum Erdberg Lechnerstraße 2-4

Bundesländer

SJ Werk Gruppe Barriere jeden Freitag, 18 Uhr Ecke Laysitz/Fischerwst. 7, Wels
Jugend gegen Faschismus/ Wiener Neustadt jeden Dienstag 18 Uhr 7, Neustädter Nachrichten Kollnitschg. 12, 11. Stock
Infos unter: 0222/59 70 432 oder: PF 2, 1082 Wien

Kampffonds aktuell



von Sonja Grusch

Unsere politische Arbeit kostet Geld. Der Kampffonds gibt unsere Einnahmen wieder. Auf den Thermometer wird jener Anteil des Gesamtzieles aufgezogen, den wir erreicht haben.
64%

März 1996: Monatsziel zu 68,2% erreicht
Besonderer Zerstörungsverkauf: Während des gesamten Studentensstreikzeitung ist trotz Nachdruck ausverkauf, ebenso die extra produzierte Sondernummer.
JETZT AKTIV WERDEN!

Menschenjagd in Paris

Am 24.3., um 6 Uhr morgens verjagte die Pariser Polizei - bereits zum zweiten Mal innerhalb von 48 Stunden - eine Gruppe von ca. 400 Männern, Frauen und Kindern aus einem öffentlichen Gebäude, in welchem sie zufällig gesucht hatten.
Die Familien - großteils aus Mali - hatten als „U-Boote“ in Paris gelebt (manche schon seit etwa 15 Jahren), da ihnen die offizielle Aufenthaltsgenehmigung verweigert worden war. Am vorangegangenen Montag hatten die Familien entschieden, daß ein weiteres „Versteckspielchen“ sinnlos wäre und waren zur St. Ambrose-Kirche gewandert - in der Hoffnung auf Asyl und Rückdeckung für eine Kampagne, durch die sie sich endlich offizielle Aufenthaltsgenehmigungen erkämpfen wollten. Einige der Priester waren auch auf Seiten der Asylwerber, andere jedoch - unter ihnen der Erzbischof von Paris - verständnis in gutchristlicher Manier die Polizei und ließen die Kirche aus „gesundheitslichen“ Gründen räumen.
Frauen und Kinder wurden in Bussengeführt und in ein Aufnahmelaager abtransportiert; über 40 Männer wurden verhaftet, viele von ihnen vor der Kirche im „Kampff“ mit Polizisten schwer verletzt. JRE unterstützt die Protestschreiben an: „Ministère de l'Intérieur, Place Beauvais, 75008 Paris“.

VORWÄRTS Jugend und Kultur

Peter Handke: „Hic Rodos hic salta“

(Hier stehe ich - ich kann nicht anders)

„Da hat der Sozialismus in Österreich entsetzlich versagt.“ So empfindet es nicht nur Peter Handke, angesichts der nackten, geilen Kriegerstimmung, die sich auch in Österreich angesichts der ersten Anzeichen eines zerfallenden Jugoslawiens breit macht... Und unerwartet wurde die militärische Intervention von Jugoslawien. Unverküßelt, für ewig unverküßelt. Ich hab mein Leben lang nicht so etwas Schreckliches erlebt. Ich dachte, das gehöre für immer der Vergangenheit an.“

Peter Haumer Metallarbeiter-Betriebsratsmann

So schreibt Peter Handke weiter, der mit seiner Ballade „Gerechtigkeit für Serbien“ wieder den Weg der Rebellion einschlug und damit in der besten Tradition, die Kunst und Literatur hervorgebracht hat, sieht. Wie kann es auch anders sein, drückt doch der Mensch in der Kunst sein Verlangen nach einem harmonischen und erfüllten Leben aus, und deswegen enthält jedes echte Kunstwerk einen Protest gegen die Wirklichkeit, sei es nun bewußt oder unbewußt, aktiv oder passiv, optimistisch oder pessimistisch. Jede neue künstlerische Richtung hat mit einer Rebellion eingesetzt, um dann nach einer bestimmten Zeit die Stufen der Akademie emporzusteigen.
Auch Peter Handke ging diesen Weg, wurde der „Dichterstern“. Doch er wurde dazu gemacht, entzog sich diesen Vereinnahmungsversuchen, wurde ein einsamer Wolf, ein physisch vielleicht schon lahmer Wolf, mit seinen 53 Jahren. Und dann passierte die Zerschlagung des Jugoslawiens, das auch das seine war, und der sich nicht so einfach berechnen würde, wenn er nicht schon österreichischer Staatsbürger wäre. Und als solcher muß er miterleben, wie sein - ja auch sein - Jugoslawien zerschnitten wurde, und wie



Peter Handke

Peter Handke verurteilt die militärische Intervention der NATO als ewige Schandtat der Nato, den Feindfeindern zum Trotz, die aufheulen, die einmal mehr mit niedrigen Vorwürfen ähneln. Doch Peter Handke, der immer mehr die Bedeutung dessen erfährt, was er nun darstellt, wächst in seiner Rebellion zu einer Größe auf,

die in grollem Kontrast zum „offiziellen“ Österreich steht. Und er ahnt, was da auch mit ihm passiert ist, dessen Schreiber. „Leben ohne Sprung bekommen hat. Einen Sprung wie bei einem Gefäß oder einer Sprung wie „hic Rodos hic salta“, da bin ich mir selbst noch nicht sicher. Etwas wird dazukommen müssen, etwas, was sich immer abgebeht habe; Historie, Geschichte. Oder es wird überhaupt nichts mehr sein.“
Hier spricht einer, der gelernt hat, der gereift und der gewachsen ist, und der uns hier voranschreitet, nicht als Idol oder Nachzueffender. Der „Sozialismus“ - also „die Linke“ - hätte die Aufgabe und die Möglichkeiten gehabt, das „Unheil“ in Jugoslawien abzuwenden. Sie hat kläglich, regional und international, versagt. Lähmung und Ohnmacht befehl zumeist jene, die sich den sozialistischen Prinzipien weiterhin verbunden fühlen, geächtet und verleumdet wurden sie, wenn sie versuchten, gegen den Strom zu schwimmen. Der Künstler Handke, er hat es und füllte die Lücke mit seinem Ruhm, und dadurch ist er, den die Historie heimgesucht hat, selbst ein Stückchen Geschichte geworden.



Internationales

Sozialdemokratischer Rechtszähler
Der ehemalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) bezeichnet den gegenwärtigen Sozialabbau in Europa als „ein bißchen Schweiß und Fett“, welches „ausgeschieden“ werde... „Wer darüber weint ist selber schuld...“
Die Menschen hier sind etwa verdoppelt (als in den USA) durch ... den Wohlfahrtsstaat“
Man müsse „hineinschneiden“, z.B. durch „Längere Lebensarbeitszeit“
Weiter plädiert der SPD-Spitzenpolitiker für die Abschaffung flächendeckender Kollektivverträge („macht keinen Sinn“) und stellt fest, „daß der Abstand der Sozialleistungen zu den regulären Einkommen“ wieder deutlicher werden müssen. Arbeitslose müßten er „Obstplücken“ verdienen, Arbeitsverzeihung bei vollem Lohn feld! Schmidt „zerstörerischer“ Hauptsache, daß er Jörg Haider für „keine Gefahr“ hält.

CWI im Internet

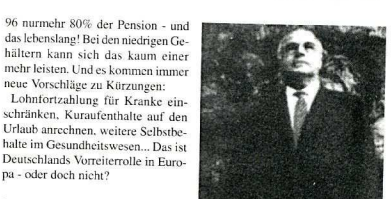
Das Komitee für eine Arbeiterinternationale goes online! Folgende paare werden derzeit angeboten: What is the CWI, May day statement, Statement über das Unabhängigkeitsreferendum in Quebec, Dänischer Basisarbeiterzeitung und Militant Labour in Irland (home page), Zur Zeit leider nur in englischer Sprache. Interessierte können Kontakt auf: internet@ital.demon.co.uk

Menschenjagd in Paris

Am 24.3., um 6 Uhr morgens verjagte die Pariser Polizei - bereits zum zweiten Mal innerhalb von 48 Stunden - eine Gruppe von ca. 400 Männern, Frauen und Kindern aus einem öffentlichen Gebäude, in welchem sie zufällig gesucht hatten.
Die Familien - großteils aus Mali - hatten als „U-Boote“ in Paris gelebt (manche schon seit etwa 15 Jahren), da ihnen die offizielle Aufenthaltsgenehmigung verweigert worden war. Am vorangegangenen Montag hatten die Familien entschieden, daß ein weiteres „Versteckspielchen“ sinnlos wäre und waren zur St. Ambrose-Kirche gewandert - in der Hoffnung auf Asyl und Rückdeckung für eine Kampagne, durch die sie sich endlich offizielle Aufenthaltsgenehmigungen erkämpfen wollten. Einige der Priester waren auch auf Seiten der Asylwerber, andere jedoch - unter ihnen der Erzbischof von Paris - verständnis in gutchristlicher Manier die Polizei und ließen die Kirche aus „gesundheitslichen“ Gründen räumen.
Frauen und Kinder wurden in Bussengeführt und in ein Aufnahmelaager abtransportiert; über 40 Männer wurden verhaftet, viele von ihnen vor der Kirche im „Kampff“ mit Polizisten schwer verletzt. JRE unterstützt die Protestschreiben an: „Ministère de l'Intérieur, Place Beauvais, 75008 Paris“.

Deutschland vor der Krise?

Rekordverluste bei den 3. deutschen Landtagswahlen am 24.3. für die SPD. In Baden-Württemberg fielen die Sozialdemokraten von 43% auf nur mehr 25,1%. Damit haben sie 250.000 WählerInnen verloren, die Hälfte davon sahen keine Alternative bei den Wahlen und blieben einfach zu Hause. In Rheinland-Pfalz entschieden sich 50.000 frühere SPD-Wähler, nicht zur Wahl zu gehen - das sind 3mal so viel wie bei der CDU - und versuchten damit den Rückgang der Wahlbeteiligung um 3,1% mit! Weshalb setzt sich die Abkehr der ArbeiterInnen und Angestellten von ihrer traditionellen Massenorganisation immer weiter ab? Wohl wegen ihrer Politik! Und das ist momentan das: Bündnis für Arbeit!



Helmut Kohl: Wie lange noch?

beitsplätze abgebaut, '97 sollen weitere 6.000 folgen!
Dabei das Konzept „Lohnverzicht gegen Arbeitsplätze“ nicht aufzuheben, zeigen schon die Reallohnverluste von 5% in den Jahren 93-95, also in dem Zeitraum, wo gleichzeitig über 1 Million Arbeitsplätze abgebaut wurden.

Durch Lohnverzicht sollen diesen Jahr 100.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden - das behaupten jedenfalls die SPD und Gewerkschaftsführung. Die Praxis sieht allerdings anders aus: Die Gewerkschaftsführung verzichtet zwar auf entsprechende Lohnforderungen, die Rechnung der Arbeitgeberis aber folgendermaßen: Arbeitsverzeihung bei vollem Lohn feld! Schmidt „zerstörerischer“ Hauptsache, daß er Jörg Haider für „keine Gefahr“ hält.

Wohin das Geld?
1995 stiegen die Netto-Gewinne deutscher Unternehmen um 12%. Zum Beispiel erhöhte sich der Gewinn der Deutschen Bank AG, die Beteiligungen hat den meisten wichtigen Unternehmen bei, um 24% auf 2,1 Milliarden DM.

Wir wärde das Geld brauchen?

Die Arbeitslosigkeit stieg 1995 in der nördlichen Republik um 200.000 auf offiziell über 4 Millionen an. Inoffiziell, d.h. inklusive aller Vorruhestandler, Weiterzubildenden (weil arbeitslos), ABM-Stellen (aus Steuerminimale bezahlte, 2jährig befristete Stellen im Sozialbereich), liegt die Arbeitslosigkeit bei über 6 Millionen!
Vorständler im öffentlichen Dienst ab 38 bekommen seit Februar

Internationales
Solche Maßnahmen sind nicht neu, wir haben es hies mit einer Nachahmung der Wirtschaftspolitik der 80er Jahre zu tun, wie sie in Reagans USA oder Thatchers Groß-Britannien zu einem irrsinnigen Anstieg der Armut geführt hat. Krisen des Kapitalismus konnten aber dadurch nicht verhindert werden.
Was bleibt, ist die Erfahrung, daß wir uns wehren müssen: Gegen die drohenden Massenentlassungen bei den Bremer Vulkan-Werften gingen Zehntausende auf die Straße, bei der Schließung der Frankfurter Jade müßte der eigentlich sehr unpolitische Betriebsrat plötzlich vor tausenden von Arbeitern sprechen.

über 20 Prozent aus. Doch die PDS ist kaum in der Lage, diesen Zuspruch auch politisch entsprechend umzusetzen. Sie setzt immer stärker auf parlamentarische Arbeit, auf ein „Reifwerden“ für die Machtbeteiligung und nicht auf ihre eigentliche Stärke: Ihre Verankerung vor Ort. Sie versucht kaum in Arbeitskampfe zu intervenieren, einen Schwerpunkt auf lokale Betriebsratsarbeit zu legen... Die Sozialistische Alternative Voran (SAV) versucht, genau in diese Richtung aktiv zu sein. Ihr Ziel ist es, eine starke, unabhängige sozialistische Kraft in Ost und West aufzubauen.

Ostdeutschland

Im Osten Deutschlands hat sich die Stimmung aufgrund der gehobenen Lohnversprechen von „blühenden Landschaften“ und „Aufschwung Ost“ radikal gewandelt. Eine Mehrheit hält Sozialismus inzwischen für eine gute Sache, die nur falsch angewendet wurde. Bei Wahlen drückt sich das in erster Linie durch ein konstante Unterstützung der PDS von

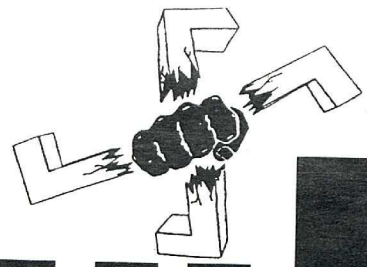
Israel - Die Gräben reißen wieder auf

Die Selbstmordattentate palästinensischer Hamas-Kämpfer und die Reaktion der israelischen Regierung rissen die Gräben des palästinensisch-israelischen Konflikts wieder auf. 60 Tote bis zum 15. März folgten willkürliche Massenerhäftungen von über 600 Palästinensern und eine totale Abriegelung der palästinensischen Autonomiegebiete, die seitdem nur geringfügig gelockert wurde.

gegründet. Ihr Ziel war die Gründung eines islamischen Staates. Sie ist gegen den sogenannten Friedensprozess. Am Anfang des Jahres 1995 hatte die Hamas eine Forderung von ca. 40%. Diese fiel durch die von der PLO vertriebene Euphorie auf 10% im letzten Dezember. Der Grund für dieses Ergebnis war das Fehlen von Alternativen der Hamas zum Osloer Abkommen. Jetzt dreht sich der Trend wieder um: Zwölf Prozent der Bevölkerung (!) des Gazastreifens beteiligten sich am Begräbnis des obersten „Bombenbauers“ der Hamas.
Für einen wirklichen Frieden in der Region gibt es keine ausreichende Grundlage. Die soziale Situation in Gaza und Westbank ist schlecht, unter Jugendlichen herrscht Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit. Sie sind es auch, die in die Hamas strömen und die Führung in der letzten Zeit sogar zugewand, wieder einen radikalen Kurs (Bomben) zu fahren.
Der Frieden in Israel/Palästina ist nicht in Gefahr, denn es hat ihn nie gegeben. Frieden kann nur sein, wenn die sozialen Probleme gelöst werden und beiden Seiten volle nationale Rechte zugestanden werden. Ein Ziel, das mit dem Profit der Bosse, mit der Ausbeutung der israelischen und vor allem der palästinensischen Arbeiterklasse nicht vereinbar ist. Ein Ziel, für das die fundamentalistische Hamas sicherlich nicht kämpft und deshalb auch keine wirkliche Lösung anbieten kann. Diese kann nur in einer sozialistischen Föderation des nahen Ostens bestehen. Dafür kämpft das KAI (siehe Mittelseite) mit GenossInnen vor Ort.



Hamas-Kundgebung



BRE-GEH!

Riesenwirbel um Rücktrittsforderung an Welser Bürgermeister Bregartner

Nach der Veröffentlichung eines Artikels des SJ-Wels Stadtvorsitzenden und Vorwärts-Aktivisten in der Februarausgabe des Vorwärts ist es zum Eklat zwischen der SJ und der Bürgermeister-Clique rund um (Karl) Bregartner gekommen.

von Ali Kropf, SJ-Barricade

In diesem Artikel forderten wir die Absetzung Bregartners unter anderem deswegen, weil er seit Jahren SS-Veteranen und dem deutschnationalen ÖTB (Österreichischer Turnerbund) die Stange hält. Nebenbei stellt er sich eindeutig auf die Seite des Welser Verkehrsunternehmens Sab-Tours, das sich an Schwarzarbeit bereichert und gratuliert Landeshauptmann Pühringer (Betonierer) für seine Standhaftigkeit in Lambach.

Drohungen!

Natürlich ist so einem Bürgermeister eine aktive sozialistische Jugendgruppe wie die SJ-Barricade ein mächtiger Dorn im Auge. Darum versuchen Bregartner und seine Freun-

de nun, der SJ-Barricade das Messer an den Hals zu setzen. Mit Androhungen von Sanktionen, wie zum Beispiel dem Streichen der Subventionen von der Stadt, und interner Hetze soll die seit Jahren unliebsame SJ-Barricade mundtot gemacht werden.

Einfach nicht still zu kriegen

Aber anstatt für einige Zeit unterzutauchen und Gras über die Sache wachsen zu lassen, wie uns von einigen Seiten empfohlen wurde, gingen wir erneut in die Offensive. Natürlich wäre ein Verlust der Subventionen für uns ein schwerer Schlag. Aber unsere politische Arbeit richtet sich nicht nach dem Ausmaß der Subventionen, und so wurde von der SJ-Barricade beschlossen, die „Bre, Geh“-Kampagne weiterzuführen. Mit Unterschriftenlisten und Flugblätteraktionen in der Welser Innenstadt wand-

ten wir uns an die Bevölkerung.

Mittlerweile waren auch die Medien auf uns aufmerksam geworden. Das Radio berichtete dreimal in den Landesnachrichten und das Fernsehen in ORF-Heute vom „Streit“ zwischen der SJ und der Bürgermeister-Clique. Schließlich berichtete auch die größte Welser Lokalzeitung, mit ihrem bürgermeister-treuen Schreiberling, auf Seite 2.

Originalzitat: „Das Klima zwischen Bregartner und der SJ ist auf einem Nullpunkt angelangt, seit der Bürgermeister von einem ultralinken Presseorgan namens Vorwärts böse Tiefschläge in Empfang nehmen mußte“.

Als Kuriosum wird in diesem Artikel weiters erwähnt, daß die SP'ler den Subventionen für den ÖTB einstimmig zustimmen, der Unterstützung für die SJ aber nur mit Vorbehalten, um uns zu erpressen.

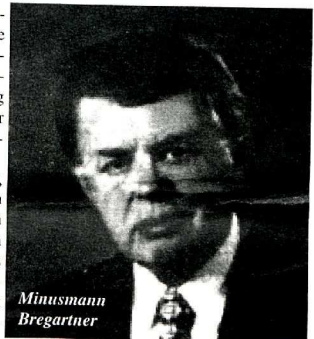
Bregartner ist nicht die SPÖ!

Auf jeden Fall darf man aber nicht die ganze Welser SP mit Bregartner und seinem Clan in einen Topf wer-

fen. Denn wie wir selbst feststellen, gibt es Stimmen, die unsere Forderungen unterstützen. So verkauften wir bei einer internen SP-Veranstaltung im Linzer Design-Center in nur 15 Minuten rund 20 VORWÄRTS.

Nicht ihnen gilt unser Kampf, sondern den Verteidigern von Nazi-Symbolen, SS-Veteranen und dem deutschnationalen Turnbund. Wir werden uns auf jeden Fall auch durch Subventionsstreichungen nicht klein kriegen lassen und fordern:

- Weg mit Bre und seinem Clan!
- Streichung der Subventionen für den ÖTB - das Geld fehlt für Wohnungen und Arbeitsplätze!
- Sofortige Beseitigung der „Braunen Flecken“!
- Keine weitere Unterstützung für SAB-Tours - öffentlicher Verkehr in öffentliche Hand!
- Offensive Politik im Interesse der Jugend. Ausbau und Förderung der Jugend(freizeit)kultur (wie Jugendzentren,...)!



Minusmann Bregartner

Tulln: Kampf den Naziübergriffen!

Am Freitag, den 22.3.96, bedrohten Naziskins mit deutscher Verstärkung linke Jugendliche in Tulln. Die Polizei verweigerte z.B., die bedrohten Jugendlichen zum Bahnhof zu begleiten bzw. gegen die Nazis vorzugehen. Es kam zu mehreren Übergriffen und Verletzungen. Jugend gegen Rassismus in Europa organisierte deshalb für den 30.3.96 eine Kundgebung am Tullner Hauptplatz. Aus Wien mobilisierten wir rund 30 Leute, ein Kleinbus voller JREler kam aus St.Pölten. Die kleine aber feine Kundgebung dauerte rund eine Stunde. Es sprachen VertreterInnen von JRE, SAP, VORWÄRTS und der KPÖ. Während unserer Ver-

anstaltung war weit und breit kein Faschist zu sehen - offensichtlich trauen sie sich nur aus ihren Löchern, wenn sie sicher sind, daß ihren Glätzen nichts passiert. Dafür konnten wir einigen interessierten PassantInnen Flugblätter überreichen. Besonders bedanken möchten wir uns bei Genossen Pilhofer (KPÖ) für seine organisatorische Unterstützung. Wir glauben, daß die Kundgebung ein Erfolg war und für unsere Tullner Freunde ein erster Schritt für den Aufbau einer antifaschistischen Jugendgruppe sein könnte. Denn wie ein Redner sagte: „Jeder Schlag gegen Faschisten in Tulln ist auch ein Schlag gegen die Faschisten in ganz Österreich“.

Rapidfans gegen Rechts

von Reini

Mitte der 80er Jahre war der Höhepunkt der faschistischen Agitation auf den Fußballplätzen. Hauptbetroffene waren die beiden Wiener Großclubs Rapid und Austria. Die Austria weniger, da sie von den Nazikadern als „Judenverein“ mißachtet wird. Auch heute noch wird das Stadion von Faschos bevölkert (immer wieder zu sehen die beiden Transparente: „Rapid dt.Meister 1941“, „Rapid dt.Cupsieger 1938“). Viele Jugendliche, die das Stadion frequentieren, kommen eher aus der sozialen „Unterschicht“. Aufgrund fehlender Alternativen von links fielen ihre ausländerefeindlichen und rechtsextremen Parolen auf fruchtbaren Boden.

Damit soll jetzt Schluß sein! Nach dem Vorbild der Antifaschistischen Fanclubs aus Deutschland, wo sich die Fanclubs von 17 Vereinen zu einem Dachverband (BAF) „Bund antifaschistischer Fußballfans“ zusammengeschlossen haben, und des Fanclubs „FC Linz Fans gegen Rechts“ hat sich vor kurzem die Initiative „Rapidfans gegen Rechts“ gegründet. Die Ziele der antifaschistischen Rapidler sind:

„Agitation gegen Faschisten“, „Ansprechen von Jugendlichen“ und „Nazis raus aus unserem Stadion“. Neben dem Besuch der Meisterschaftsheimspiele

sind noch viele andere Aktivitäten geplant: z.B. Feste, T-Shirts, Aufkleber u.a.

Kein Tor den Faschisten



Antifaschistische Demonstration: 20.4., Wien-Oper, 17.30 Uhr